Armee auf soliden Boden stellen

Autor(en): **Maurer, Ueli**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **176 (2010)**

Heft 11

PDF erstellt am: **09.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-131237>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Armee auf soliden Boden stellen

Überstürzte Reformen haben unserer Armee schwer zugesetzt. Jetzt sind die Reformschäden zu beheben. Das ist Aufgabe der Armee. Aber darüber zu entscheiden, wie viel Sicherheit wir uns leisten wollen, ist Aufgabe der Politik.

Ueli Maurer

Als Departementschef des VBS handelt man wie als Offizier: Probleme und Missstände, welche die Auftragsbefreiung gefährden, sind dem Vorgesetzten zu melden. Und gleichzeitig ist alles zu unternehmen, um diese Probleme schnellstmöglich zu lösen.

Mein Vorgesetzter ist der Souverän, das Schweizervolk, und in dessen Vertretung das Parlament. Die Bürgerinnen und Bürger, die Steuergeld und Dienstzeit in die Armee investieren, haben einen Anspruch auf Transparenz.

Deshalb habe ich die Mängel der Armee öffentlich gemacht. Dieser ersten Auslegeordnung folgten umgehend die dringenden Massnahmen in den Bereichen Informatik und Logistik. Zudem galt es, die Notbremse zu ziehen: Die notwendige Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges musste zurückgestellt werden, weil schlicht das Geld fehlt. Ambitiose Projekte im Bereich der elektronisch vernetzten Kriegsführung müssen überprüft und teilweise wohl abgebrochen werden.

Kampf gegen den Kollaps

Diese Massnahmen waren nichts anderes als ein Kampf gegen den Kollaps: Chronisch unterfinanziert, zehrt die Armee seit Jahren an ihrer Substanz. Vernachlässigte Immobilien und aufgelaufene Instandhaltungskosten von hunderten Millionen Franken sind ebenso die Folge wie Truppen, die wegen Material- und Fahrzeugmangels im Ernstfall gar nicht aufboten werden könnten.

Viele Verbände existieren nur auf dem Papier: Die Reserveverbände sind gar nicht ausgerüstet und die aktiven Verbände so, dass unter Einschränkungen des Ausbildungsbetriebes etwa zwei von sechs Brigaden vollständig eingesetzt werden könnten.

Bei der Infanterie zum Beispiel fehlen geschützte Mannschaftstransportfahrzeuge, Radschützenpanzer, Kommandopan-

zer und Übermittlungsmittel. Derzeit können nur drei Infanteriebataillone vollständig ausgerüstet werden. Wenn man bedenkt, dass es für die längere Sicherung eines Objekts ein Bataillon braucht, erkennt man, wie beschränkt die Kapazität der Armee gegenwärtig ist.

Flucht in die Reformen

Das alles sind die Folgen der drei hastigen, unausgegorenen Reformen, denen die Armee in den letzten 15 Jahren unterzogen wurde. Anfänglich als Antwort auf den Sparruck gedacht, gerieten diese immer mehr zum Vehikel, einer nicht mehr bewältigten Realität zu entfliehen. Was

«Die Missstände sind offengelegt und Sofortmassnahmen haben die Armee vor dem Absturz bewahrt. Um sie aber auf soliden Grund zu stellen, braucht es jetzt den Entscheid der Politik, welches Niveau an Sicherheit wir uns leisten wollen.»

nicht funktionierte, konnte mit dem Etikett «in Arbeit» versehen und dadurch kritischer Betrachtung entzogen werden. Und weil jede Reform neue Probleme schuf und die alten auch nicht richtig lösen konnte, jagte eine Reform die nächste. Die Reform wurde zum Dauerzustand. Und das überforderte die Armee.

Dabei wurde auch das ursprüngliche Ziel verfehlt, Aufgaben und Grösse der Armee mit deren Ressourcen in Einklang zu bringen. Denn noch stärker und schneller als die Armee verkleinert wur-

de, entzog ihr die Politik die Mittel. Um 1990 wurden noch über 1,6 Prozent des Bruttoinlandproduktes für die Landesverteidigung ausgegeben, in den letzten Jahren hat sich dieser Betrag auf etwas über 0,8 Prozent halbiert.

Material für die Miliz

Auch die massive Verkleinerung der Armee hat kein Gleichgewicht zwischen dem Bestand an Personal, Material und Infrastruktur einerseits und den Finanzen andererseits hergestellt. Unsere heutige Armee kostet um die fünfseinhalb Milliarden Franken jährlich. Mit den gegebenen Mitteln – 4,4 Milliarden – fehlt jedes Jahr eine Milliarde für Investitionen und den Unterhalt von Material und Immobilien.

Das spürt die Truppe. Und das darf nicht sein: Denn es ist entscheidend für die Zukunft unserer Armee, dass unsere Soldaten im Dienst wieder über genügend und gut gewartetes Material verfügen. Das ist eine Frage des Respekts gegenüber dem Bürger in Uniform. Und davon hängt letztlich die Motivation und Loyalität der Miliz ab.

Ein Budget von 4,4 Milliarden Franken verpflichtet zu einem weiteren Abbau an Bestand, Infrastruktur und Kapazität. Erst bei einem Bestand von um die 80 000 Angehörigen der Armee ist wieder an eine umfassende Ausrüstung zu denken.

Wie gesagt: Als Departementschef des VBS handelt man wie als Offizier. Die Missstände sind nun offengelegt und Sofortmassnahmen haben die Armee vor dem Absturz bewahrt. Um sie aber auf soliden Grund zurückzuführen, braucht es jetzt den Entscheid der Politik, welches Niveau an Sicherheit wir uns leisten wollen.

Die Armee setzt um, was ihr vorgegeben wird. Aber die Bürgerinnen und Bürger als oberste Instanz unseres Landes sind aufgerufen, eingehend zu diskutieren, wie viel uns die Sicherheit wert ist. ■